

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis
Freundes

Ausgabe 17

Oktober 2012

Friedenspolitik heute

von Gregor Amann



Seit 150 Jahren gehört der Einsatz für Frieden und Völkerverständigung zum Markenkern der SPD. Wir können stolz darauf sein, dass der einzige deutsche Friedensnobelpreisträger nach dem 2. Weltkrieg ein Sozialdemokrat war – Willy Brandt.

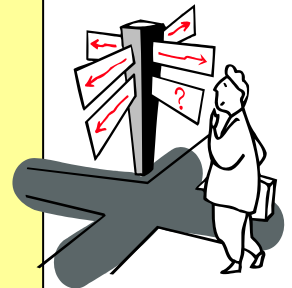
Aber warum spielt dieses Thema in der aktuellen politischen Auseinandersetzung kaum noch eine Rolle? Etwa weil wir dem Ziel des Weltfriedens in der jüngsten Zeit schon sehr nahe gekommen sind? Bestimmt nicht! Allein in den letzten 10 Jahren sind Millionen (!) von Menschen auf dieser Welt in bewaffneten Konflikten, Kriegen und Bürgerkriegen ums Leben gekommen, vom Kongo über den Irak bis nach Afghanistan. Manchmal waren daran sogar deutsche Soldaten beteiligt (wie z.B. aktuell in Afghanistan), sehr häufig aber zumindest deutsche Waffen und Kriegsgeräte.

Deutsche Firmen liefern Waffen und Panzer an Staaten wie z.B. Saudi-Arabien, wo Frauen bis heute nicht einmal Auto fahren geschweige denn an Wahlen teilnehmen dürfen. Dass

Saudi-Arabien erst im vergangenen Jahr die Demokratiebewegung im benachbarten Bahrain niedergeschlagen hat – auch mit Einsatz von Panzerfahrzeugen – scheint niemanden zu interessieren.

Inhalt

Friedenspolitik heute	Seite 1
CDU/FDP Landesregierung verabschiedet sich vom Energiekonsens	Seite 3
Einigung über den Haushalt großer Erfolg für Oberbürgermeister Feldmann und die SPD	Seite 3
Schulpolitik an den Bedürfnissen der Kinder und Eltern vorbei	Seite 4
Ergebnisse der Bürgerbefragung sind ein erneuter Aufruf gegenüber der Stadt, endlich wohnungspolitisch tätig zu werden	Seite 5
Ausschussbesetzung	Seite 6
Terminankündigung	Seite 6



An deutschen Stammtischen weiß man genau, dass die Griechen ihr Geld mit beiden Händen ausgeben; das sieht man doch schon daran – nicht wahr? -, dass sie, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, den höchsten Militäretat aller europäischen Staaten haben. Hat Kanzlerin Merkel nicht recht, wenn sie Griechenland jetzt endlich zum Sparen drängt? Aber wer hat von dem Kauf Griechenlands von

Panzern, Kriegsschiffen und –flugzeugen im Wert von mehreren Milliarden Euro in den letzten Jahren ganz besonders profitiert? Richtig, deutsche Firmen! Denn nach den USA ist Deutschland der zweitgrößte Waffenlieferant für Griechenland. Vielleicht ist die „Eurokrise“ doch vielschichtiger als manche glauben?

Aber wenigstens in Deutschland sind wir beim Thema Abrüstung auf einem guten Weg, nicht wahr? Immerhin hat Deutschland selbst ja traditionell keine Atomwaffen und sogar im schwarz-gelben Koalitionsvertrag von 2009 wurde vereinbart, dass „die in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen abgezogen werden“. Aber wer Guido Westerwelle oder Angela Merkel glaubt, ist selber schuld! Erst kürzlich war in vielen Zeitungen zu lesen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung vor wenigen Wochen zugestimmt hat, dass die US-Atombomben in Deutschland bleiben und mit Milliardenaufwand modernisiert werden. Übrigens will auch die Bundeswehr in den nächsten Jahren 250 Millionen Euro ausgeben, um ihre Tornado-Kampfflugzeuge, von denen die US-Atombomben im Kriegsfall abgeworfen werden sollen, zu modernisieren. Atombombenwurf von deutschen Bundeswehrjets? Genau! Deutschland besitzt zwar selbst keine Atomwaffen, aber Bundeswehrpiloten und –flugzeuge werden seit Jahren dafür trainiert und ausgerüstet, im Kriegsfall amerikanische Atombomben abzuwerfen. Wie viele Deutsche wissen das überhaupt? (Wer mir nicht glaubt, der findet mehr Informationen dazu z.B. in Wikipedia unter dem Stichwort „Nukleare Teilhabe“.)

Und genauso unbeachtet von einer breiteren deutschen Öffentlichkeit blieb die jüngste Forderung zweier einflussreicher CDU-Abgeordneter (Andreas Schockenhoff ist immerhin stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender) nach mehr „Flexibilität“ bei Bundeswehreinsetzungen. Gemeint sind damit internationale Bundeswehreinsetzungen ohne Zustimmung des Bundestags (wie es heute erforderlich ist). Originalzitat: „Deutsche Soldaten könnten dann in einen EU-Einsatz

gehen, den die deutsche Regierung und der Deutsche Bundestag allein aus eigener Initiative nicht beschlossen hätten.“ Und damit sind wir beim Thema „Bundeswehreinsetzungen im Ausland“:

Seit 10 Jahren kämpfen deutsche Bundeswehrsoldaten in Afghanistan. Die Gesamtkosten des deutschen Afghanistan-Einsatzes belaufen sich nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin auf inzwischen über 30 Milliarden Euro (zum Vergleich: der komplette deutsche Entwicklungshilfeetat im Bundeshaushalt beträgt derzeit ca. 6 Milliarden Euro jährlich). Zigtausende von Menschen sind in dieser Zeit in Afghanistan getötet worden, darunter auch 53 Bundeswehrsoldaten und 3 deutsche Polizisten. Hat sich dieser Einsatz wirklich gelohnt? Sind wir dem Frieden dort nähergekommen? Und was hätte die gleiche Summe in Afghanistan bewirkt, wenn wir sie ausschließlich für zivile Entwicklungs- und Aufbauhilfe ausgegeben hätten?

Ich finde, es ist Zeit, endlich wieder das Thema Krieg und Frieden auf die politische Tagesordnung setzen. Von wem wird die Bundesrepublik Deutschland heute – mehr als 20 Jahre nach dem Ende des „Kalten Krieges“ und der Auflösung des Warschauer Paktes – überhaupt noch militärisch bedroht? Brauchen wir die Bundeswehr wirklich noch? Lasst uns die Debatte darüber beginnen!

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

CDU/FDP- Landesregierung verabschiedet sich vom Energiekonsens

von Roger Podstatny

„Der Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) würde die bisherigen Rechte der Regionalversammlungen deutlich beschneiden. Im südhessischen Bereich schieden weite Teile der Fläche durch die im LEP definierten Kriterien aus. Das Zwei-Prozent-Ziel wäre dadurch stark gefährdet. Das gesamte Rhein-Main-Gebiet hätte mit diesen Vorgaben faktisch keine Möglichkeit mehr, sich an der



Erneuerung der Energieversorgung durch Windkraft zu beteiligen“, erklärte Roger Podstatny, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Römer und Mitglied der Regionalversammlung Südhessen.

Die SPD-Fraktionen der Regionalversammlungen in Nord-, Mittel- und Südhessen haben sich in einem gemeinsamen Abstimmungsgespräch in Alsfeld über den Stand der Energiewende in Hessen ausgetauscht. Im Rahmen des Treffens wurde die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung der Kommunen bei der Planung von Energieanlagen und nach stärkerer Entscheidungskompetenz der Regionalversammlungen für die Ausweisung von Windkraftstandorten erhoben.

Angesichts des Entwurfs zur Änderung des LEP für den Bereich Windenergienutzung durch die Hessische Landesregierung sehen die sozialdemokratischen Vertreter in den Regionalversammlungen das im Energiegipfel vereinbarte 2-Prozent-Ziel zur Ausweisung von Vorrangflächen von Windkraftanlagen in Frage gestellt. So wurde die Windhöflichkeitsgrenze von bisher 5,5 Meter pro Sekunde (m/s) auf 5,75 m/s angehoben, die Abstände der

Windvorranggebiete zu Siedlungsflächen sollen nun kategorisch bei 1.000 Metern liegen.

Die Kriterien sind vollkommen willkürlich gewählt. In Bayern gelten zum Beispiel nur 600 Meter Abstand zum Siedlungsgebiet“, erläuterte Roger Podstatny. Neben den harten Faktoren stünden weitere Unwägbarkeiten, wie etwa ein 15-Kilometer-Abstandsradius zur Radaranlagen der Deutschen Flugsicherung (DFS) sowie die naturschutzrechtlichen Vorgaben. „Allein Rotmilan und Schwarzstorch werden zahlreiche potentielle Standorte von der Windkraftkarte löschen.“ Für notwendig erachtet Podstatny es auch, dass im LEP festgelegt wird, einen hessenweiten und für die Planungsregionen verbindlichen Stromnetzentwicklungsplan aufzustellen. „Man kann keine Vorrangflächen für Windkraftanlagen ausweisen, ohne die erforderliche Infrastruktur dazu, die Stromnetze, zu planen.“

Einigung über den Haushalt großer Erfolg für Oberbürgermeister Feldmann und die SPD

von Klaus Oesterling



Als „großen Erfolg für den neuen Oberbürgermeister Feldmann, aber auch für die SPD“ hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Römer, Klaus Oesterling, in einer ersten Stellungnahme das Ergebnis der magistratsinternen Gespräche zum Haushalt 2013 bezeichnet. Insbesondere sei mehr als erfreulich, dass nun mehr, wie von der Römer-SPD seit Jahren gefordert und vom jetzigen

Oberbürgermeister Feldmann im Wahlkampf vertreten, endlich 100 Millionen Euro für den Wohnungsbau zusätzlich in einem Vierjahresprogramm zur Verfügung gestellt würden. „Damit wird unsere wichtigste Forderung endlich umgesetzt“, so Oesterling. „Schade, dass es viel zu lange gedauert hat und es erst eines für die Koalition verlorenen Oberbürgermeisterwahlkampfes bedurft hat, bis die Koalition zur Vernunft gekommen ist. Angesichts des Zuzuges in die Stadt hätte dies bereits viel früher in die Wege geleitet werden können.“

Auch die sonstigen Vereinbarungen - etwa zur weiteren Verbilligung der Clever-Card und zur Umsetzung von weiteren je 10 Maßnahmen in den Bereichen Kitas, Schulen und Senioren - seien ein Schritt in die richtige Richtung für einen größeren sozialen Zusammenhalt in der Stadt.

Begrüßt wird von der Römer-SPD außerdem, dass die CDU ihren Widerstand gegen eine zusätzliche Neuverschuldung aufgegeben habe. „Der Ausbau und Erhalt der Infrastruktur in der Stadt und die Investitionen in den Wohnungsbau sind nicht zum Nulltarif zu haben“, sagte Oesterling dazu. „Insofern dient die zusätzliche Kreditaufnahme der Zukunftsfähigkeit der Stadt“

Die SPD hätte es allerdings besser gefunden, wenn die Neuinvestitionen wenigstens zum Teil durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer finanziert worden wären, statt alleine auf eine Neuverschuldung zu setzen. „Aber vielleicht kommt ja auch hier noch bei der CDU Bewegung auf - schließlich findet eine Gewerbesteuererhöhung in der Stadtverordnetenversammlung ja eigentlich eine Mehrheit – einschließlich der Grünen“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Die SPD-Fraktion werde, wenn der Kämmerer den Haushaltsentwurf im Dezember in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht habe, diesen konstruktiv beraten und dann zu einem endgültigen Urteil kommen, so Oesterling abschließend.

Schulpolitik an den Bedürfnissen der Kinder und Eltern vorbei

Niemand braucht G 8 oder das neue Landesschulamt

von Hubert Schmitt



Inzwischen gut 5 Jahre G 8 haben gezeigt, dass zu viele Kinder mit der verkürzten Schulzeit nicht zurecht kommen. Der Leistungsdruck ist zu hoch. Den Kindern fehlt ausreichend Zeit zum Lernen. Viele Kinder gehen deshalb vom Gymnasium ab. Weil immer mehr Eltern

deshalb Sturm laufen, haben CDU und FDP nun angekündigt, künftig G 8 und G 9 sozusagen parallel anzubieten. Die Angst vor der kommenden Landtagswahl hat hier sicher diesen reformerischen Antrieb ausgelöst und nicht Einsicht in die eigene, verfehlte Schulpolitik. Aber die schlechten Erfahrungen in Hessen haben klar gezeigt: Niemand braucht G 8 wirklich. Auch fast alle Experten sagen, dass G 8 in der Mittelstufe die Kinder zu stark belastet. Unsere SPD-Linie ist deshalb richtig: Bis Klasse 10 keine Verkürzung der Schulzeit und stattdessen in der Oberstufe die Möglichkeit zum Verkürzen schaffen.

Mit ihren neuesten Aktionen löst die Regierung in Wiesbaden die Probleme an den Schulen nicht. Das macht der Beschluss sehr deutlich, zu den bestehenden 15 Schulämtern in Hessen noch ein zentrales Landesschulamt hinzuzufügen. Nicht in der Struktur der Schulverwaltung liegen die Probleme, sondern in der mangelnden Unterstützung der Bedarfe der Schüler und Eltern durch CDU und FDP. Fast alle Experten haben dementsprechend auch ein vernichtendes Urteil über Sinn und Zweck dieser neuen Behörde gefällt.

Ihre Energie, etwas zu verändern, könnte die Landesregierung z. B. auch besser in den

Ausbau der Betreuung von Schulkindern stecken. In Frankfurt etwa reichen die Angebote hinten und vorne nicht aus. Viele Eltern weisen darauf hin, dass ohne Betreuungsangebot für ihre Kinder der Arbeitsplatz von Vater oder Mutter gefährdet sei bzw. einer von beiden nicht arbeiten gehen könne. Vielfach formiert sich massiver Protest. Zu Recht - denn CDU und FDP in Hessen verweigern den Kommunen auch weiterhin die Mittel für genügend Betreuungsplätze.

Die Belange der Schüler und Eltern sind unter Schwarz-Gelb lange genug stiefmütterlich behandelt worden. G 8 ist gegen ihre Bedürfnisse durchgesetzt worden. Vielen Eltern werden auf absehbare Zeit Betreuungsplätze für ihre Kinder fehlen. Anstatt Lösungen herbei zu führen, wird eine zusätzliche Schulbehörde geschaffen, die niemand braucht. Zum Wohle der Schüler und Eltern müssen in Hessen endlich die Weichen in der Schulpolitik richtig gestellt und das erforderliche Geld dafür bereit gestellt werden. Dafür müssen wir bei der kommenden Landtagswahl werben.

Die Stadt muss endlich wohnungspolitisch tätig werden

von Sieghard Pawlik



Eines der drei drängendsten Probleme Frankfurts sei der angespannte Wohnungsmarkt mit steigenden Mieten und unzureichendem Wohnungsangebot. so das Ergebnis der jüngsten Bürger- und

Bürgerinnenbefragung der Stadt Frankfurt. „Ich werte dies als einen erneuten dringenden Aufruf gegenüber der Stadt Frankfurt, die Wohnungspolitik endlich in den Mittelpunkt der Frankfurter Kommunalpolitik zu stellen“, so

Sieghard Pawlik, der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Römer. „Allerdings wird Frankfurt dieses Feld nicht alleine bestellen können. Auch Land und Bund sind gefordert, damit sich die Situation der Menschen in Frankfurt verbessert, die eine Wohnung suchen, oder die von hohen Mieterhöhungen betroffen sind.“

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt sei ein zunehmendes Problem, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum sei überall in der Stadt spürbar, beschreibt Pawlik die Sorgen der Mieterinnen und Mieter. „Die Ergebnisse der Bürgerbefragung belegen meine These.“ Mehrere Maßnahmen müssten ineinandergreifen, um hier Abhilfe zu schaffen. „Vordringlich ist es, den Wohnungsneubau zu forcieren. Mit dem städtischen 100 Mio.-Euro-Programm zum Wohnungsneubau, das die SPD-Fraktion seit Jahren fordert, ist die Stadt gefordert. Allerdings braucht es auch dringend Engagement von Land und Bund, denn allein mit diesem Programm wird sich die prekäre Lage nicht umkehren lassen“, so Pawlik. Der Wohnungspolitiker weist darauf hin, dass nahezu alle westdeutschen Kernstädte in den Ballungsräumen mit dem Problem steigender Mieten zu kämpfen hätten, in Frankfurt sei die Lage allerdings besonders schlimm.

Um dem Druck auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt entgegenzuwirken, müssten auch alle rechtlichen Möglichkeiten gegen Spekulationen mit Wohnraum eingesetzt werden. „Dass die Landesregierung einerseits die Wohnraumzweckentfremdungsverordnung aufgehoben hat, andererseits die Kündigungsfristen für Mieterinnen und Mieter von bisherigen Mietwohnungen, welche in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, von 10 auf 5 Jahre reduziert hat, mag Klientelpolitik gewesen sein. Jetzt leiden Frankfurterinnen und Frankfurter mit niedrigen und mittleren Einkommen unter den Verwerfungen am Wohnungsmarkt“, nennt Pawlik zwei eklatante Punkte exemplarisch. Er fordert: „Beide Regelungen müssen dringend korrigiert werden!“

SPD: Ausschussmitglieder, Ausschussvorsitzende, Sprecher/Sprecherinnen

Ausschuss	SPD-Mitglieder	SPD-Ausschussvorsitzende, Sprecherinnen & Sprecher
Ältesten (Ä)	Eugen Emmerling, Roger Podstatny, Rita Streb-Hesse, Renate Wolter-Brandecker	Sprecherin: Renate Wolter-Brandecker
Bildung und Integration (B)	Mike Josef, Rita Streb-Hesse, Sylvia Weber, Turgut Yüksel	Ausschussvors.: Rita Streb-Hesse Sprecherin Bildung: Sylvia Weber Sprecher Integration: Turgut Yüksel
Sonderausschuss Dom/Römer (DR)	Lampis Betakis, Elke Sautner	Sprecherin: Elke Sautner
Haupt- u. Finanzen (H)	Anna Latsch, Klaus Oesterling, Roger Podstatny, Rita Streb-Hesse,	Sprecher: Klaus Oesterling
Kultur u. Freizeit (K)	Arno Weber, Renate Wolter-Brandecker, Sylvia Weber, Turgut Yüksel	Sprecherin: Renate Wolter-Brandecker
Planung, Bau und Wohnungsbau (PB)	Imren Ergindemir, Sieghard Pawlik, Elke Sautner, Holger Tschierschke	Ausschussvors.: Elke Sautner Sprecher Planen: Holger Tschierschke Sprecher Wohnen: Sieghard Pawlik
Recht, Verwaltung u. Sicherheit (R)	Gregor Amann, Ursula Busch, Anneliese Scheurich, Holger Tschierschke	Ausschussvors.: Ursula Busch Spre. Sicherheit: Anneliese Scheurich Spre.Verwaltung: Holger Tschierschke
Soziales und Gesundheit (SG)	Ursula Busch, Christian Heimpel, Sieghard Pawlik, Renate Wolter-Brandecker,	Sprecherin Soziales: Ursula Busch Sprecher Jugend: Christian Heimpel Spr. Sucht: Renate Wolter-Brandecker
Umwelt u. Sport (U)	Lampis Betrakis, Eugen Emmerling, Roger Podstatny, Anneliese Scheurich,	Sprecher Umwelt: Roger Podstatny Sprecher Sport: Eugen Emmerling
Verkehr (V)	Eugen Emmerling, Christian Heimpel, Anna Latsch, Klaus Oesterling	Sprecher: Klaus Oesterling
Wirtschaft und Frauen (W)	Gregor Amann, Imren Ergindemir, Arno Weber, Mike Josef	Sprecher Wirtschaft: Gregor Amann Sprecherin Frauen: Imren Ergindemir

Terminankündigung:

Donnerstag, 25. Oktober, 19 Uhr,

Fraktionssitzungssaal der SPD im Römer (Haus Silberberg):

„Eurokrise für Anfänger. Was Sie schon immer darüber wissen wollten, sich aber nie zu fragen trauten“

Mal ganz ehrlich: Wer traut sich wirklich zu, bei diesem Thema kompetent mitreden zu können? Was sind denn nun die wirklichen Ursachen der Krise? Nützt oder schadet uns der Euro? Was steckt hinter den Begriffen Fiskalpakt, Eurobonds und Schuldentilgungsfond?

All dies und mehr erläutert uns – allgemein verständlich – **Prof. Dr. Heiner Brockmann**, der an der Beuth Hochschule für Technik in Berlin Volkswirtschaftslehre lehrt. Aber nicht in einem ermüdenden Powerpoint-Vortrag, sondern im Frage-und-Antwort-Dialog mit **Gregor Amann**, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Römer.

Und am Ende diskutieren wir natürlich auch über sozialdemokratische Wege aus der Krise.